

Zur Landratswahl am 28.11.2021:

Das Kandidaten-Interview mit Vasco Piehl (AfD)

Vasco Piehl (AfD)

geb. 1980
verheiratet, 2 Kinder
Wohnort: Nassenheide
seit 6 Jahren Förster im Landratsamt
von Oberhavel
Eintritt in die AfD 2017 nach
sorgfältiger Prüfung der politischen
Landschaft
seit 2019 Gemeindevertreter im
Löwenberger Land

„Demokratie kommt vom Mitmachen“



Foto: privat

Herr Piehl, welche Ziele verfolgen Sie für den Landkreis?

Mir liegen besonders die Energiesicherheit und die regionale Wirtschaft am Herzen. Eine besondere Herausforderung für den Landkreis liegt in der unterschiedlichen Siedlungsdichte. Viele Menschen leben im Süden, wenige Menschen im Norden. Die meisten Bürger arbeiten jedoch im Süden oder fahren täglich weiter nach Berlin zur Arbeit. Dadurch entstehen zu den Stoßzeiten sehr einseitig gerichtete Verkehrsströme. Mein Vorschlag: Es sollen mehr Gewerbeflächen geschaffen werden und vorhandene ausgebaut werden – vor allem im Norden. Dadurch wird die regionale Wirtschaft gestärkt und vorhandene Verkehrsinfrastruktur wird effizienter genutzt.

... also keine großen Verkehrsinfrastrukturprojekte?

Selbstverständlich unterstütze ich große Vorhaben wie den Ausbau der B96. Aber man muss realistisch bleiben. Der Haushalt des Landkreises sieht begrenzte Mittel vor. Für die Kreisverwaltung wird es vor allem darauf ankommen, vorhandene Strukturen zu optimieren und zu ergänzen. Oberste Priorität hat für mich der Ausbau des Schulbussystems. Kinder sollen max. 30 Minuten mit dem Bus zur Schule unterwegs sein. Aktuell betragen die Fahrzeiten bis zu 1 Stunde. Das ist unzumutbar.

Zurück zur Energiesicherheit. Wo sehen Sie Probleme und wie kann man sie lösen?

Erneuerbare Energieträger sind zur Zeit nicht grundlastfähig. Öl, Gas und Kohle werden mittel- bis

langfristig knapp. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird bereits in Teilschritten umgesetzt. Ich sehe den Bund in der Verantwortung, Speichertechnologien zu fördern, die erneuerbare Energieträger grundlastfähig machen. Lokal und regional könnte man Wind- und Solarenergie fördern, in dem man sie für die Kommunen und betroffene Bürger attraktiver macht. Städte und Gemeinden könnten Unternehmen gründen oder sich daran beteiligen, die vor Ort Strom aus erneuerbaren Energieträgern gewinnen. Ein Teil der erwirtschafteten Erträge würde wiederum den Gemeinden und betroffenen Bürgern zugute kommen und eine Art Entschädigung für Anlagen darstellen, die den ländlichen Raum verschandeln.

Fürchten Sie eigentlich, als Landrat in ein Spannungsfeld aus Landesregierung und Kreistag zu geraten? In beiden Gremien hat die AfD bekanntlich keine Mehrheit?

Nein. Ich sehe mich als pragmatischen Macher und freue mich auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen, die das Wohl der Bürger in Oberhavel zum Ziel haben.

Vor Wahlen versprechen Politiker gern mehr Bürgernähe. Was bleibt davon nach Ihrer Wahl zum Landrat übrig?

Mir ist wichtig, dass Betroffene und Verbände an Entscheidungen direkt beteiligt werden. Die Digitalisierung bietet uns neue Formen der direkten Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie. Die notwendigen Informationen für eine solide Entscheidungsfindung sollen auf der Webseite des Landkreises oberhavel.de zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus muss es natürlich auch eine enge Zusammenarbeit mit der regionalen Presse geben.

Ein weiterer Punkt wäre eine stärkere Beteiligung über Bürgerhaushalte. Diese Idee verdient mehr Aufmerksamkeit und Verbreitung.

Welche Bedeutung haben für Sie die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes?

Die ersten 19 Artikel sind unveräußerliche Grundrechte. Sie wurden eingeführt, um Diktaturen zu vermeiden. Die seit März 2020 anhaltenden Einschränkungen kommen einer Abschaffung der Grundrechte gleich. Das ist ein Unding und eine bodenlose Frechheit. Nehmen Sie die jüngsten Beispiele von Demonstrationsverboten. Während der Christopher-Street-Day in Berlin stattfinden durfte, wurden Demos von Gegnern der Corona-Maßnahmen verboten. Auf beiden wurden keine Masken getragen. Das ist staatliche Willkür und kommt einer Abschaffung der Versammlungsfreiheit gleich.

Wie beurteilen Sie die Corona-Maßnahmen von Bund und Ländern insgesamt? Und welcher Weg führt Ihres Erachtens aus der Krise?

Ich bin weder Corona-Leugner noch Impfgegner. Die Maßnahmen sind m.E. jedoch völlig unverhältnismäßig. Aktuell werden sie sogar noch ohne Notlage verstetigt. Ich bin grundsätzlich für eine freie Impfscheidung. Ein Impfwang lässt Menschen hilflos und verzweifelt zurück. Darüber hinaus wird das Grundrecht auf Freizügigkeit und körperliche Unversehrtheit verletzt. Die Impfung mag für vulnerable Gruppen sinnvoll sein. Für jüngere Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, ist sie es ganz sicher nicht.

Unterstützen Sie die Forderung, Kinder und Jugendliche, sofort und bedingungslos von Maßnahmen wie Maskenpflicht, Testpflicht und soziale Distanzierung zu befreien?

Oberhavel steht auf

Maskenpflicht und soziale Distanzierung sind sofort und bedingungslos aufzuheben. Ihr Schaden ist größer als ihr Nutzen. Das Testen kann im Interesse der Allgemeinheit sinnvoll sein. Es sollte flächendeckend erfolgen, dabei jedoch für die Bürger kostenlos sein.

Der Landkreis veröffentlicht gegenwärtig seine Angaben über Covid-19-Opfer in Fließtextform im Rahmen von Pressemitteilungen. Darf man hier mit Ihnen als Landrat mit mehr Transparenz z.B. in Form verarbeitungsfähiger Datentabellen rechnen, die zusätzliche Angaben zum Beispiel über die Hospitalisierungen an Covid-19 Erkrankter enthalten und deren Impfstatus berücksichtigen?

Transparenz ist wichtig, um richtige Entscheidungen treffen zu können und Entscheidungen nachvollziehbar zu machen. Ich bin für klare Statistiken.

Der Hohen Neuendorfer Bürgermeister, Steffen Apelt, hat mit seiner Entscheidung, einen Bürgerinformationsabend als 2G-Veranstaltung durchzuführen, für sehr viel Protest gesorgt. Ein beträchtlicher Teil der betroffenen Bürger wurde damit buchstäblich vor der Tür stehen gelassen. Wie beurteilen Sie diesen Vorgang?

Das Vorgehen ist klar abzulehnen. Die tiefe Spaltung der Bevölkerung darf durch Entscheidungen kommunaler Mandatsträger nicht noch forciert werden.

***Vielen Dank für das Gespräch.
J. Müggenburg für oberhavel-steht-auf.de***